

Saale-Beitung.

Zweizehnter Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise... Reklamation und Haupt-Geschäftsstelle...

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei zweimonatiger... Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis...

Nr. 111.

Salle a. S., Freitag, den 6. März

1908.

Das französisch-deutsche Handelskomitee.

Man schreibt uns: Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind Gegenstand lebhafter Erörterung geworden...

Ran hat sich, nachdem am 10. v. M. in einer Vorberatung die Bildung eines französisch-deutschen Handelskomitees zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen...

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser sprach gestern morgen beim Reichsanstanz vor, befristete um 10 Uhr in der Bildergalerie des königlichen Schlosses...

Die Zölle und indirekten Steuern in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses behandelte gestern den Etat der Zölle und indirekten Steuern. Aus den Reichsteuern besteht Freuchen als Vergütung für Erhebung und Verwaltungskosten 46,7 Mill. Der Anteil an der Reichsregalvermehrung beträgt 11,5 Mill. Aus eigenen Einnahmen besteht Freuchen 57,2 Millionen. Demgegenüber stehen an Ausgaben 44,3 Millionen, d. h. Freuchen bekommt 2,4 Millionen mehr vom Reich, als die ganzen Verwaltungskosten. Demgegenüber weist die Regierung darauf hin, daß man auch die Kosten der Unterhaltung der Dienstwohnungen, sowie den Anteil an den Pensionen dazu rechnen müßte. Tue man dieses, so blieben 5 1/2 Millionen ungedeckt. Klagen über Unbilligkeiten bei der Aufsicht über die Ralimerte werden dahin beantwortet, daß Erleichterung eintreten solle. Auch die Vorschriften über die Ausschreibung sollen geändert werden. Klagen über Reichliche Monats bei der Erbschaftsteuer werden von der Regierung zum Teil als berechtigt anerkannt. Für die Stempelsteuer ist der Anschlag im Etat von 53 auf 52 Millionen zurückgegangen. Nach einer Mitteilung der Regierung wird der Rückgang im laufenden Rechnungsjahre etwa 5 Prozent betragen. Bei der Stempelsteuer wird darauf hingewiesen, daß etwa 5 Milliarden der Einnahmen in die Sparkassen seine eigentlichen Ersparnisse seien. Es wird angedeutet, die zu hohen Einnahmen auf dem Verwaltungswege zu hindern. Die Regierung hält den Vorschlag für bedenklich. Der neue Plan für die Organisation der Zollämter wird von der Kommission gebilligt. Es handelt sich z. B. um die Lösung des hauptamtlichen Klassenwesens und dessen Übertragung auf die Provinzialdirektion. Die bisherige Form war zu schwerfällig. In Zukunft wird die Verwaltung beweglicher, lebendiger und beschleunigter des Verkehrs mehr entsprechend gestaltet. Eine weitere Ausgestaltung der Reform in der Richtung der gänzlichen Aufhebung der Hauptämter erklärt die Regierung nicht für ausgeschlossen; das müßte man erst über die jetzige Umgestaltung Erfahrungen sammeln. Eine Veränderung in der Verfassung der Oberzolllontrôleure in der Art, daß an Stelle der Sachausbildung ein zweijähriges akademisches Studium tritt, findet bei der Regierung Widerspruch. Die geplante Reform der Verwaltung fordert ein Mehr von 1,8 Millionen an Ausgaben. Der Etat wird unverändert angenommen. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Rest des Etats.

Personalveränderungen im Reichspostamt.

Es sind nun schon wieder fast 14 Tage her, daß der Unterstaatssekretär im Reichspostamt Sndom zum Reichspostsekretär ernannt worden ist. Noch immer aber ist kein Nachfolger im Post-Unterstaatssekretariat nicht ernannt worden. Diese Lücke könnte eingemessen werden, wenn man es sich einfach darum handelte, einen wohlgepflanzten Mann aus dem höheren Postdienst einzustellen, so wäre geeigneter Nachwuchs reichlich vorhanden. Man geht aber vielleicht nicht sehr, wenn man annimmt, daß bei dem zu ernennenden Unterstaatssekretär schon in die Nachfolgerschaft für den Herrn Staatssekretär Kräfte gedacht wird. Und in diesem Falle würde sich eine sorgfältige Anschauung über den Kreis der zunächst in Betracht kommenden höheren Postbeamten hinaus durchaus rechtfertigen. Herr Kräfte dürfte nicht mehr allzu lange die Würde seines Amtes tragen wollen — ganz abgesehen davon, daß die Vertretung seines Ressorts in der Entscheidung im Reichstage ihn als einen Staatsmann erscheinen ließ, der mit der noch höherer Stelle gepflanzten „Modestität“ wenig innere Berührungspunkte teilt. Seine Erklärungen im Reichstage haben über den Kreis der Liberalen hinaus sehr verstimmt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man bei der Neubekleidung des Unterstaatssekretariats der Post auch an Männer aus dem parlamentarischen Leben denkt.

Zur Modernisten-Enzyklika.

Der Theologieprofessor Kneiß in Würzburg äußert sich zur Modernisten-Enzyklika in einer Broschüre, in der er offen dafür eintritt, daß die berichtigten Zwangsmaßnahmen der Enzyklika auch für Deutschland durchgeführt werden, weil deutsche Theologieprofessoren sogar in kirchengehörigen Blättern schreiben, und dagegen nichts helfe als disziplinäre Maßnahmen! Kneiß wendet sich aufs heftigste gegen „verleumdete“ Modernisten, die er offenbar in seiner nächsten Nähe an der Würzburger Fakultät selbst wittert. Er spricht von einem „charakterlosen Strebtum“ der deutschen Modernisten und von einem Martyrium der kirchentreuen (soll heißen: reaktionären) Theologen! Wir denken aber, daß das Martyrium eher auf der Seite derer um Schützler und Merkle und das Strebtum in dieser Zeit nicht auf modernistischer Seite ist. Selbst die Berliner „Germania“ findet, Kneiß hätte besser getan, etwas deutlicher zu werden. Kneiß bemerkt, das Berliner Zentrumblatt dem „Nachfolger Schells“ gegenüber, seine Klage über die Doppelgänger in der Kirche, namentlich über das Schreiben katholischer theologischer Feder in liberalen Blättern seien unbedeutend, denn es lasse sich nicht leugnen, daß allzu große Einseitigkeit bisweilen auch wohlgeleitete Kreise antreibe, die flucht in die Öffentlichkeit zu ergreifen; und wenn katholische Organe die Aufnahme ablehnten, so trügen diese die Schuld daran, wenn die Verfasser in liberalen oder neutralen Blättern Unterschlupf finden. Die Engherzigen (im ultramontanen Lager) möchten sich also in solchen Fällen gefälligst selbst einen Teil der Schuld zuführen, die sie abern gar zu gern allein aufbürden möchten.

Die Zweite heftige Kammer

nam den Antrag Haas, betreffend die Vereins- und Versammlungsfreiheit, einstimmig an. — In der fortgesetzten Etatsberatung führte Finanzminister Gnauch aus, alle Nebener seien für darüber einig, daß die erheblichen Mehrforderungen, namentlich die Beförderung der Bezüge der Staatsbeamten, nicht ohne Steuererhöhung durchzuführen seien werden. Für diese Zwecke seien rund 18 Millionen im Etat für 1908 vorgesehen, denen 14,3 Millionen an direkten Steuern gegenüberstünden. Eine Erhöhung jener Summe würde die Erhöhung der direkten Steuern nach sich führen. Weiter erklärte der Minister, solange die Reichsanzeiger nicht zustande gebracht worden sei, liege es wie ein lähmender Druck auf den Bundesstaaten und auf dem wirtschaftlichen Leben. Erst wenn dieser lähmende Druck beseitigt sei, werde sich eine neue geistliche Weiterarbeit ermöglichen lassen. Man wisse noch nicht, was der neue Schatzsekretär bringen werde; aber von vornherein müsse man Achtung haben vor einem Manne, der den Mut hat, die Lösung dieser schweren Aufgabe der Gegenwart zu übernehmen.

Eisenbahnkonzern in Braunschweig.

Gestern vormittag 10 1/2 Uhr traten auf Einladung des Eisenbahnenamtes in Berlin Braunschweig etwa 40 Herren zu einer Besprechung von Eisenbahnerverwaltungsangelegenheiten zusammen. Außer den Vertretern der Eisenbahnerverwaltungen waren auch die Direktoren der Kohlenbergwerken und Kaliumerzbergwerken, sowie ein Vertreter der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin anwesend. Die Verhandlungen sind vertraulicher Natur.

Die Vörlagekommission des Reichstages

setzte gestern die Beratung über den § 54 fort, ohne zu einer Abstimmung zu kommen. Der Paragraph bestimmt, daß ein Vörlagevertrag verbindlich ist, wenn auf beiden Seiten als Vertragsschließende Kaufleute, die in das Handelsregister eingetragen sind oder deren Eintragung § 38 des Handelsgesetzbuchs nicht erforderlich ist, oder eintragungsfähige Personen beteiligt sind. Handelsrat sowie Personen, deren Geschäftsbetrieb über den Umfang des Reichsgewerbes nicht hinausgeht, gehören, auch wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, nicht zu den Kaufleuten im Sinne dieser Vorschrift.

Erwählung des Scheintroung des Fürsten von Bulgarien?

Das „Samberger Tageblatt“ schreibt: „Von kompetenter Seite wird uns mitgeteilt, daß die von verschiedenen Seiten gebrachte Mitteilung über eine Doppeltrauung des Fürsten von Bulgarien eine völlig irrige ist. Die katholische Trauung wurde am 28. Februar in Koburg vollzogen, nachdem nicht nur die von der Kirche verlangten Bedingungen erfüllt waren, sondern auch namentlich eine Erklärung sowohl seitens des bevollmächtigten Ministers Stancovic wie auch seitens des Fürsten selber vorlag, daß eine weitere Eheverbindung vor dem Bestehen der anderen Konfessionen nicht erfolgen werde. Diese Vereinbarung wurde auch gehalten. Wohl fand im Schloß zu Oberstein bei Gera ein evangelischer Gottesdienst statt. Allein der Fürst hat dabei in keiner Weise das Jawort abgegeben.“ Man wird wohl nicht schlagern, wenn man annimmt, daß dieses Dementi von dem dortigen erzbischoflichen Ordinariat herrührt, zu dessen Diözese die Pfarrei Koburg gehört.

Die Bämpfung der Schlafkrankheit.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: „Am der am 9. März in London beginnenden, internationalen Beratung über die Maßnahmen zur Bämpfung der Schlafkrankheit werden als deutsche Vertreter Robert Koch, Legationsrat Dr. von Jabos und Oberstaatsrat Stendel teilnehmen. Die Hauptgegenstände der Verhandlung werden die Einrichtung eines internationalen Nachrichtenbureaus für das Aufsuchen und die Bämpfung der Schlafkrankheit, die Maßnahmen zur Abwehr und Bämpfung der Schlafkrankheit in den verschiedenen Grenzgebieten sein.“

Gegen das Raubsystem der Karawanen.

die in Kamerun auf Gummiwurz ausgehen, nahm Staatssekretär Dernburg in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages entschiedene Stellung. Abg. Czberg (Ztr.) klagte an der Hand der amtlichen Berichte über das Unwesen der Sändler, die vielen Expeditionen, die häufigen Mißhandlungen der Eingeborenen und gewalttätigen Requisitionen der Lebensmittel sowie die darin liegende Gefahr von Aufständen und verlangte scharfe Gegenmaßnahmen und andere Regelung der Verpflanzung der Karawanen. Hierauf erwiderte der Staatssekretär: Die Gummiwurz seien infolge des Bedarfs der Industrie für Kautschuk, Automobile usw. erheblich gestiegen. Dies habe eine intensive Ausbeutung der reichen Gummibestände im Süden Kameruns zur Folge gehabt. Es seien zahlreiche Karawanen ins Innere gezogen, ein erheblicher Teil der Bevölkerung sei dadurch seiner sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeit entzogen worden. Neuerdings seien die Gummipreise heruntergegangen, doch habe dies nur eine um so regere Tätigkeit zwecks Ausnutzung des vorhandenen großen Apparats zur Folge gehabt. Die Gummigewinnung sei überwindend kaum abzubauen, die vorhandenen Bestände werden dadurch vernichtet, ohne daß eine entsprechende Neuanpflanzung stattfindet. Aus dem Karawanenhandel haben sich erhebliche Mißstände ergeben. Uebergriffe seien vorzugehen. Einzelne Bezirke seien von der Regierung gesperrt worden; so sei der Distrikt Soloma heute noch gesperrt. Eine Wanderbewegungssteuer sei eingeführt, doch habe diese bei dem hohen Ruben, der beim Gummihandel erzielt werde, keine große Wirkung entfaltet. Es seien ferner Maß-







Die Rubrik in Buchstaben... Es bedeutet...

Berliner Börse, 5. März 1933

Wahrscheinlich: 1 Fr. 1.00, 100 Pf. = 1.00... 1 Mark = 1.00...

Main table containing various stock market listings, including sections for Eisenbahn-Prior., Obligation, Industri-Aktien, and Wechselkurs. Each entry includes a company name, a numerical value, and a small icon or symbol.



